

Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III
Telephon: Amt Königsstadt, Nr. 1076.

Inserate pro 3 gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an
Otto Sehm s, Berlin O 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.
Postfachkonto Berlin 5388.

Inhalt: Die Friedenssorgen der Textilindustrie. — Aus dem Leben der Textilindustrie. — Staatsmonopole. — Die Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1914 (I). — Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. — Soziales. — Aus Handel und Industrie. — Berichte aus Fachkreisen. — Gesang der Frauen (Gedicht). — Verbandsanzeigen. — Feuilleton: Aus dem Leben der Bauern in Polen und Rußland.

Die Friedenssorgen der Textilindustrie.

★ Noch bedrücken die Völker die Sorgen des Krieges, da meldet die Textilindustrie schon die Sorgen des Friedens an. Und zwar nicht etwa nur die Textilindustrie in Deutschland, sondern diejenige aller durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Länder weiß Friedenssorgen anzumelden. Die europäischen Zentralmächte Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben im ersten Kriegsjahre ihre Textilindustrie sehr stark zur Versorgung für den Heeresbedarf herangezogen, und zwar nicht in allen Fällen zur Versorgung mit Textilprodukten, sondern in allerdings vereinzelt Fällen sogar zur Herstellung von Munition. Es gab in Deutschland Textilfabriken, deren Produkte nicht für die Bekleidung und Ausrüstung der Soldaten geeignet waren, deren Maschinen aber doch nicht ohne Verwendung ihrer Kraft stehen bleiben sollten; da nahm man die Werkzeuge zur Herstellung von Geweben aus den Räumen heraus und stellte Werkzeuge hinein zur Herstellung von Granaten.

Durch diese starke Inanspruchnahme der Textilindustrie für Heereslieferungen kamen natürlich die Aufträge Privater mehr und mehr ins Hintertreffen. Dies ging namentlich in der Tuchindustrie soweit, daß eine Zeitlang direkt angeordnet wurde, die Heeresaufträge gehen unbedingt den Privataufträgen vor. Nun konnte man sich ja in der ersten Zeit durch andere Warenvorräte helfen; in der Hoffnung freilich, daß doch wohl der Krieg nicht lange dauern werde und man unter Zuhilfenahme der Vorräte werde durchhalten können. Auch tröstete sich der Handel eines Teils dadurch, daß er sich in der Vermittlerrolle an dem Kriegslieferantengeschäft beteiligte, andererseits aber auch mit der Gewißheit, daß selbst wenn der Krieg nicht so schnell zu Ende gehen sollte, doch der Zeitpunkt kommen werde, wo die Heereslieferungen stark abnehmen würden und wo dann wieder die Möglichkeit für Herstellung privater Aufträge gegeben sei. Der Zeitpunkt, wo die Heereslieferungen der deutschen Textilindustrie stark eingeschränkt worden sind, ist nun zwar längst eingetreten, aber die Möglichkeit, Aufträge für Private im unbeschränkten Umfange erledigen zu können, ist nicht nur nicht eingetreten, sondern diese Möglichkeit ist noch geringer geworden wie zur Zeit, wo die Textilindustrie sehr stark mit Heeresaufträgen beschäftigt war. Die Ursache dazu ist in der ungenügenden Versorgung der Textilindustrie mit Rohstoffen zu suchen. Es ist, wie bekannt, seit Monaten verboten, eine ganze Anzahl viel gebrauchter Textilwaren zu produzieren. Und wenn auch durch die Lebensmittelverknappung der Absatz von Textilwaren vermindert wird, so ist ohne Frage, daß wir in Deutschland einen großen Bedarf an Textilwaren aller Art haben, der heute höchstens in der Seidenindustrie einigermaßen befriedigt werden kann. Die Leinwandindustrie hat ja auch noch Rohstoffe, aber gerade diese Industrie ist noch stark mit Heeresaufträgen beschäftigt und kann für die frühere private Rundschicht nicht das Erforderliche tun. In der Woll- und Baumwollindustrie und ebenso im Zuteigewerbe ist ein ungewöhnlich großer Bedarf an Waren zu decken, der aber erst nach dem Kriege gedeckt werden kann.

Nun sollte man meinen, die Aussicht, nach dem Kriege große Aufträge zur Erledigung zu bekommen, müsse doch die Textilindustrie zuversichtlich stimmen, anstatt ihr Sorgen zu bereiten. Indessen bei näherer Betrachtung der Sachlage, wie sie sich nach Abschluß des Friedens ergeben wird, ist nicht von der Hand zu weisen, daß die dann kommende Zeit nicht ohne Sorgen sein wird. Denn wie werden dann die Verhältnisse liegen? Die deutsche Textilindustrie wird erstens einmal technisch große Umänderungen vornehmen müssen, um sich von der Kriegsindustrie zur Friedensindustrie zurückzuentwickeln, und zweitens wird sie noch weitere Schwierigkeiten bei der Rohstoffversorgung zu überwinden haben. Was die Zurückentwicklung von der Kriegs- zur Friedensindustrie anbetrifft, so würde man ja eigentlich jetzt, wo die Produktionseinschränkung besteht, die beste Gelegenheit haben, die Umänderung der Maschinen vorzunehmen. Es fehlt aber an sachkundigen Personen für diese Umänderung. Die Maschinenfabriken haben keine Leute zu solcher Arbeit, denn sie sind bis zum äußersten mit der Herstellung von Kriegsmaterial beschäftigt. Auch ist es ihnen aus diesem Grunde unmöglich, die Maschinenteile herzustellen, die für die Umänderung hier und da nötig sind. Es wird uns von kundigen Leuten aus der Metallindustrie mitgeteilt, daß gerade hier sehr viel Arbeit vorliegt und man gar nicht wisse, wie diese Arbeit bewältigt werden solle. Man

befürchtet in jenen Kreisen, daß es längere Zeit dauern wird, ehe die Betriebe wieder richtig hergerichtet sein werden. Nach Lage der Sache werden also nur verhältnismäßig wenig Betriebe von denen, die sich damals für die Bedürfnisse der Kriegsindustrie einrichteten, die Möglichkeit haben, sich jetzt schon wieder für die frühere Friedensindustrie einzurichten. Der riesige Warenbedarf wird also nicht so schnell auf Eindeckung rechnen können. Das ruft bei unseren Industriellen die Sorge hervor, daß der Bedarf zur Eindeckung im Auslande schreiten werde, wodurch der Industrie Deutschlands — und daselbe trifft natürlich auch auf Oesterreich-Ungarn zu — schwer geschädigt würde. Deshalb ruft man nach Maßregeln, die das verhindern sollen. Und es muß auch vom Standpunkt der Arbeiter aus gesagt werden, daß solche Maßregeln doch wohl nötig werden dürften. Denn auch hier handelt es sich um die Ueberwindung außergewöhnlicher Verhältnisse. Läßt man den Dingen ihren freien Lauf, dann wird es so kommen, daß jene Länder, die in der Periode des Krieges günstige Produktionsbedingungen hatten, ihre Produkte, die sie auf Lager arbeiteten, billiger auf unseren Markt werfen, wie unsere Industrie es zurzeit kann. Das würde für unsere Industrie um so verhängnisvoller werden, je ungünstiger sich für sie nach dem Kriege die Produktionsbedingungen gestalten würden. Und die Produktionsbedingungen werden sich für die deutsche Textilindustrie zunächst erheblich ungünstiger gestalten, wie die Produktionsbedingungen der Textilindustrie in den meisten der vom Kriege verschont gebliebenen Staaten. Man betrachte sich nur einmal die Lage der Baumwollindustrie in den Vereinigten Staaten von Amerika und diejenige in den Zentralstaaten Europas. Amerika hatte in der verfloßenen Kriegsperiode die Möglichkeit, sich mit sehr billiger Rohbaumwolle im reichlichsten Maße einzudecken, und die Zentralstaaten waren der Möglichkeit beraubt, sich überhaupt mit Baumwolle einzudecken zu können. Das Kaiserliche Generalkonsulat in Atlanta berichtet, daß die Spinnereien in den Nord- und Südstaaten der amerikanischen Union von der Gelegenheit, Baumwolle billig einzukaufen, ausgiebigen Gebrauch gemacht haben. Der Durchschnittspreis war für Middling 7,94 Cent für 1 Pfund, gegen 13,49 Cent im Vorjahre. Rechnen wir rund 8 Cent, so haben die amerikanischen Spinnereien das Pfund Baumwolle im Durchschnitt mit 32 Pfennigen bezahlt. Bei uns zahlte man in letzter Zeit das Vier- und Fünffache dieses Preises und konnte selbst dafür keine Baumwolle bekommen, weil England mit seinem Seemilitarismus die Zufuhr von Baumwolle absperrt. Wie wird nun für die Baumwollindustrie der europäischen Zentralstaaten die Rohstoffversorgung vor sich gehen, wenn der Krieg zu Ende ist? Glaubt man, daß dann noch die Möglichkeit bestehen wird, Baumwolle zum Durchschnittspreis von 32 Pf. pro Pfund kaufen zu können? Wäre geschlossen! Das Drei- und Vierfache, vielleicht noch mehr, wird dann angelegt werden müssen. Denn sobald die starke Nachfrage auf dem Rohbaumwollmarkt eintreten wird, die doch nicht nur genährt wird durch den Mangel dieses Rohstoffes in den europäischen Zentralstaaten, sondern auch durch die Rohstoffnot in verschiedenen neutralen und in den Staaten, die gegen diese Zentralstaaten Europas im Kriege stehen, dann werden die Preise nur so in die Höhe schnellen. Warum sind denn die amerikanischen Baumwollpflanzler so verhältnismäßig zufrieden damit, daß ihnen England durch seine Blockadepolitik das augenblickliche Geschäft so verdirbt? Weil man sie davon zu überzeugen wußte, daß sie für die Baumwolle, die sie augenblicklich nicht verkaufen können, vom Friedensschlusse ab den doppelten bis dreifachen Preis des jetzigen bekommen werden. Die Bankinstitute haben den Pflanzern Darlehen gegeben, und so wartet man eben ab. Freilich, der Friedensschluß darf sich nicht zu lange hinauszuziehen. Er darf sich nicht hinziehen, bis die neue Ernte herankommt, weil dann doch der Markt eine zu große Ueberfüllung erfahren würde. Aber es ist wohl auch kaum damit zu rechnen, daß sich der Friedensschluß solange hinziehen werde.

Die Rohbaumwollpreise werden also nach Beendigung des Krieges bedeutend in die Höhe gehen und die Konkurrenzfähigkeit der Baumwollindustrie derjenigen Länder, die jetzt vom Rohstoffbezug abgeschnitten sind, sehr schwer schädigen. Es kommt dann noch etwas anderes dazu, was ebenfalls schädigend wirken wird: Das sind die hohen Frachtsätze, welche die Schiffsahrtsgesellschaften für den Transport der Baumwolle fordern werden. Die deutsche Ueberseeschiffahrt hat während des Krieges so gut wie geruht. Die Aktionäre haben leer ausgehen müssen, werden das Entgangene aber nachträglich mit Zins und Zinseszins hereinholen wollen. Und die Umstände sind ihnen günstig. Wird doch berichtet, daß die Exporteure und Importeure schon da-

mit begonnen haben, die Laderäume der Schiffe zu mieten und daß sie bei diesem Beginnen sich gegenseitig die Frachtsätze in die Höhe treiben. Man verlangt daher mit Recht Höchstpreise für Uebersee- und Fracht. Auch die Geldbeschaffung für die Rohstoffversorgung und alles das, was mit der Bezahlung des Rohstoffes zusammenhängt, z. B. der Wechselwert u. a., wird verteuert und wirkt. Es verlautet ja zwar, daß große Kosten Baumwolle zu dem billigen Preise angekauft worden seien. Das wird aber nicht hindern, daß die Preise hier erheblich höher sein werden, wie die, welche die amerikanische Baumwollindustrie früher anlegte. Denn die Nachfrage wird erst nach dem Kriege richtig wirksam werden. Und man weiß ja, daß eben der Tagespreis und nicht der frühere Einkaufspreis zur Grundlage der Preise für die Produkte genommen wird. Selbst wenn also schon jetzt Baumwollkäufe getätigt worden sein sollten, so wird dies höchstens dazu führen, daß die Einkäufer der Baumwolle, Baumwollmakler und vielleicht auch einige Spinner, große Konjunkturgewinne einfassen; der deutschen Baumwollindustrie wird dadurch eine billige Eindeckung wohl kaum ermöglicht werden, wenn nicht auch hierfür besondere gesetzliche Maßnahmen getroffen werden. Vorbereitungen hierzu scheinen allerdings im Gange zu sein. Der Kriegsausbruch der deutschen Industrie hat sich zwecks Organisierung der Rohstoffversorgung nach Friedensschluß bereits an die sogenannten zuständigen Stellen gewandt, um mit diesen und den in Betracht kommenden industriellen Fachverbänden das Erforderliche zu erörtern.

Weiter wird, wie oben bereits angedeutet, verlangt, der Textilindustrie für einige Zeit nach dem Kriege einen besonderen Schutz zu gewähren, um zu verhindern, daß der einheimische Markt gerade zu der Zeit mit billigen ausländischen Produkten überflutet wird, wo die deutsche Textilindustrie die Schwierigkeiten der Ueberleitung aus der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zu überwinden haben. In was dieser Schutz bestehen soll, wird noch nicht öffentlich gesagt; es läßt sich aber unschwer ergründen, worin er bestehen wird. Wir können heute, wo es sich nur um Vermutungen handelt, noch keine Stellung dazu nehmen, müssen aber anerkennen, daß die Befürchtung nicht ganz von der Hand zu weisen ist, die deutsche Textilindustrie könne in der schwierigen Zeit, in der sie um die Wiedererringung ihrer Konkurrenzfähigkeit zu kämpfen hat, durch Einfuhr billiger Textilprodukte an dieser Wiedererringung der Konkurrenzfähigkeit auf lange Zeit hinaus gehindert werden. Wie schon gesagt, kann die Hinderung der Wiedererringung der Konkurrenzfähigkeit keineswegs im Interesse der Textilarbeiter liegen. Denn diese Hinderung würde gleichbedeutend sein mit erheblicher Arbeitslosigkeit, vermehrtem Lohndruck und mit der Verhinderung des wirtschaftlichen Aufstiegs der gesamten deutschen Textilarbeiterschaft. Denn was hier gesagt wurde von der Baumwollindustrie, trifft sinngemäß zu auf alle übrigen Branchen, insbesondere aber auf die Woll- und Zuteindustrie.

Bezeichnend für die Wichtigkeit dessen, was wir vorstehend gesagt haben, ist, daß auch die englische Textilindustrie Maßnahmen zu ergreifen gedenkt, wie sie sich vor Ueberflutung mit ausländischen Webwaren schützen kann.

Ein nationaler Kongreß der britischen Handelskammern zwecks Verhütung der Einfuhr feindlicher Webwaren nach England wird für Anfang nächsten Jahres nach London berufen werden. Die Führung dieser Bewegung hat die Handelskammer von Manchester übernommen, ein Platz, dessen Fabrikanten und Kaufleute für ihre Waren bisher einen sehr bedeutenden Absatz in Deutschland und Oesterreich gefunden haben. Schon jetzt hat die letzterwähnte Handelskammer allen Beteiligten in Manchester eine Anleitung gegeben, in welcher Weise und mit welchen Mitteln die Einfuhr deutscher und österreichischer Waren nach dem Krieg verhindert werden könnte; irgendwelche Verträge mit beiden Ländern sollten nicht abgeschlossen, sondern vielmehr der Handelskammer zur weiteren Veranlassung unterbreitet werden. Auch die Londoner Handelskammer hat sich mit demselben Gegenstand befaßt; einer der Redner glaubte dort bestimmt zu wissen, daß augenblicklich schon große Mengen deutscher und österreichischer Webwaren bereitlagen, um sofort nach Friedensschluß über neutrale Länder nach Großbritannien eingeführt zu werden. Im übrigen soll sich der beabsichtigte Verruf auch auf türkische und bulgarische Rohstoffe und Waren erstrecken.

Man wird gut tun, sich über derartige Pläne englischer industrieller vorläufig nicht aufzuregen. Wenn nach Beendigung des Krieges der Bezug deutscher Waren den bisherigen Vorteil bietet, werden die englischen Kaufleute sich an die beabsichtigte Ver-rufserklärung wenig kehren.

Aus dem Leben der Textilarbeiter.

Der Jammer der Erwerbslosenunterstützung für arbeitslose Textilarbeiter schreit in den meisten Gemeinden Preußens geradeweg zum Himmel. Während in den meisten anderen Bundesstaaten eine allgemeine Regelung erfolgt ist, die doch wenigstens eine einigermaßen ausreichende Unterstützung ermöglicht hat, liegt in Preußen noch nahezu alles im Argen. Unsere Bezirksleiter haben es auch in Preußen nicht an Ermahnungen bei den Behörden fehlen lassen, aber hier sind sie auf wenig Verständnis gestoßen. Verschiedene Regierungspräsidenten haben bei Audienzen, die unsere Vertreter nachsuchten, getan, als hätten sie noch gar nichts gehört von all dem, was in anderen Bundesstaaten alle Behörden, bis zu den Ministerien hinauf, bereits seit langem intensiv beschäftigt hat. Besonders in der Provinz Brandenburg sieht es hinsichtlich der zu gewährenden Unterstützung recht ungunstig aus. Und hier werden doch die Provinzialbehörden nicht sagen können, es sei ihnen noch nichts bekannt. Leider verspürt man aber hier noch wenig von einem neuen Geist in dem Verhalten der Behörden zu den Organisationen der Arbeiter. Hierfür einen drastischen Beweis. Die Gewerkschaften haben, das wurde von Regierungsstelle mehrmals bezeugt, sehr viel getan, um zusammen mit den Behörden der Kriegsnot zu steuern. Das gleiche auch in dieser Frage zu tun, der Kriegsnot zu steuern, welche die Erwerbslosigkeit hervorruft, worüber die Absicht der Bezirksleiter der Gewerkschaften in der Provinz Brandenburg. Schon im September 1914 richteten diese Bezirksleiter folgendes Schreiben an die Provinzialverwaltung:

Berlin, den 18. September 1915.

An Seine Excellenz den Herrn Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg.

Eure Excellenz eruchen die Unterzeichneten im Auftrage der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft der Provinz Brandenburg um Genehmigung einer Unterredung in folgender Angelegenheit:

Die durch den Krieg hervorgerufene Arbeitslosigkeit hat die Durchführung einer umfassenden Fürsorge für die ohne Verdiensten brotlos gewordenen Arbeiter und deren Angehörige zu einer zwingend notwendigen Aufgabe aller hierfür in Frage

kommenden Kräfte gemacht. Die kommunalen Kreis- und Provinzialbehörden der Provinz Brandenburg haben sich ihr ebenso wie die von uns vertretenen Gewerkschaften jetzt besonders intensiv zuzuwenden müssen.

Leider ist nach den vorliegenden Berichten nicht zu verkennen, daß eine große Ferneheit und Unterschiedlichkeit in den getroffenen Hilfsmaßnahmen vorhanden ist. Nahezu für jede Gemeinde sind andere Bestimmungen getroffen oder geplant. Das führt zu einer Unübersichtlichkeit der ganzen Hilfsaktion und kann ihren Wert leicht schädlich beeinträchtigen.

Wie uns bekannt ist, hat das Reichsamt des Innern empfehlend auf die Regelung der Arbeitslosenunterstützung in der Stadt Berlin hingewiesen. Ein ähnliches, möglichst einheitliches Verfahren durchzuführen, soll, unbeschadet der selbständigen Beschlussfassung der Gemeinden, Zweck der Unterredung sein.

Wir wenden uns an Eure Excellenz mit dem dringenden Ersuchen, uns eine für die beiden Regierungsbezirke der Provinz Brandenburg wirksame Besprechung zu ermöglichen und ersuchen um gefl. Mitteilung eines möglichst naheliegenden Termins.

In der Hoffnung, für unseren Wunsch Ihrerseits Entgegenkommen zu finden, zeichnen

Hochachtungsvoll ergebenst

für die Gauleiter der Gewerkschaften der Provinz Brandenburgs: (Folgen Unterschriften.)

Im Gegensatz zu den Reichsbehörden, die gern die Gelegenheit wahrnehmen, aus dem Wissensschatz der Erfahrungen der Gewerkschaftsleiter Nutzen für die Erledigung schwieriger Probleme ziehen zu können, blieb die preussische Behörde der Provinz Brandenburg unnahbar. Auf das Gesuch der Bezirksleiter kam von dem Herrn Oberpräsidenten folgender Bescheid:

Potsdam, den 20. September 1914.

Die Herren Einsender der Eingabe von gestern möchte ich bitten, von der Ausführung der Absicht, mir einen Besuch abzustatten, gefälligst Abstand nehmen zu wollen.

Die tunlichst auskömmliche Verpflegung aller durch die Kriegereignisse erwerbslos Gewordenen liegt mir außer-

ordentlich am Herzen. Das ist allen kommunalen Kreisen meines Verwaltungsbereichs wohl bekannt. Diesen liegt die Gewährung einer angemessenen Fürsorge insofern ob, als bei Erwerbslosen nach Erschöpfung aller sonstigen Hilfsquellen noch Unterstützungsbefürftigkeit besteht. Erfahrungsgemäß leidet die Schaffensfreudigkeit eines Kommunalverbandes bei jedem unbegründeten Eingriff der Staatsbehörden in seine Selbstverwaltung. Aus diesem Grunde habe ich jeden Versuch einer Einwirkung auf die Stadt Berlin vermieden, als jetzt hier die Erwerbslosigkeit einen größeren Umfang annahm.

In der Provinz Brandenburg hat der Provinzialverband allen Gemeinden die Gewährung einer ausreichenden Kriegsfürsorge dadurch ermöglicht, daß er Mittel von außergewöhnlicher Höhe bewilligt hat, um Hand in Hand mit der Landesversicherungsanstalt der Provinz Brandenburg alle Gemeinden in ihrer Fürsorgetätigkeit nach gleichen Grundsätzen zu unterstützen. Die gleichen Gründe, welche mir der Stadt Berlin gegenüber Zurückhaltung auferlegt haben — eine Zurückhaltung, unter welcher die Fürsorgebedürftigen gewiß nicht zu leiden gehabt haben — verbieten mir, jetzt eine Einwirkung auf die Gemeinden oder den Provinzialverband der Provinz Brandenburg zu nehmen. Durch unmittelbare Verhandlung mit Vertretern von Fürsorgebedürftigen würde ich den Anschein erwecken, als zweifelte ich an der Bereitwilligkeit und Fähigkeit einzelner Kommunalverwaltungen, aus eigener Entscheidung das Richtige zu treffen. Zu solchem Zweifel habe ich aber um so weniger Anlaß, als alle im Provinziallandtage vertretenen Kommunalverbände mit seltener Einmütigkeit durch ihre Vertreter Mittel bewilligt haben, welche die Gewährung noch höherer Unterstützungen ermöglichen, als die Stadt Berlin in Aussicht genommen hat.

An den Reichstagsabgeordneten

Herrn Otto Wels

Berlin.

Wir können uns jedes Wort der Kritik dieses Bescheides ersparen. Wie es in der Provinz Brandenburg um die Fürsorgetätigkeit der Gemeinden nach gleichen Grundsätzen in

Tabelle zur Illustrierung der Fürsorge für erwerbslose Textilarbeiter in Bayern, Sachsen, Thüringen und Preußen.

Table with 15 columns representing different regions (e.g., Bayern, Stadt Gera, Zweifelhain, etc.) and rows detailing various family and social categories (e.g., Einzelpersonen mit eig. Haushalt, Ehepaar ohne Kinder, etc.) with corresponding monetary values in Mark.

1) Dazu 100 Mk. Mietzuschuß pro Jahr. 2) Für Personen bis zum vollendeten 12. Lebensjahre 2 Mk., bis zum 16. Lebensjahre 3 Mk., über 16 Jahre 5 Mk. Dazu ein Mietzuschuß in Chemnitz monatlich 20-25 Mk., in Limbach 12,50 Mk. 3) und 4) dazu die Hälfte des Mietzuschußes. 5) Für die ersten beiden Kinder 1,50 Mk. pro Woche, für jedes weitere Kind bis zu 16 Jahren je 2,10 Mk. Unterstützung wird nur im Falle der Bedürftigkeit, d. h. wenn Mann und Frau zusammen weniger als 23 Mk. verdienen, gezahlt. 6) An verheiratete Arbeiter wird keine Unterstützung gezahlt. Unterstützung wird erst nach 14 tägiger Arbeitslosigkeit gezahlt. 7) Für jedes Kind bis zu 15 Jahren wöchentlich 1,50 Mk., über 15 Jahre wöchentlich 3 Mk. Höchstbetrag pro Familie 15 Mk. pro Woche. 8) Für jedes weitere Kind 1 Mk. mehr. 9) Für Kinder bis zu 16 Jahren. Für Kinder über 16 Jahre, die bei den Eltern wohnen, 4 Mk. 10) Für jedes weitere Kind 1 Mk. 11) Kinder rechnen bis zum vollendeten 15. Lebensjahre. 12) Für jedes weitere Kind 1,20 Mk., für ein lebendes Elternkind 5 Mk., für beide lebenden Eltern 8 Mk.

Aus dem Leben der Bauern in Polen und Rußland.

Unser Bureaukollege Förster, der als Landsturmmann im fernen Osten weilt, läßt sich über seine Beobachtungen bei der dortigen Landbevölkerung in einem Briefe an unseren Verbandsvorstand aus, besonders über die Art, wie die Leute ihre — freilich sehr geringen — Bedürfnisse nach Kleidung befriedigen; er schrieb darüber:

Wie es sich für einen Textilproleten geziemt, der trotz allen Widerwärtigkeiten, schlechter Entlohnung usw. an seinem Beruf hängt, so habe auch ich mich mit großem Interesse in erster Linie damit beschäftigt, wie die auf allen Gebieten um 100 Jahre rückständige Landbevölkerung in Polen, besonders hier in Rußland, ihre Bedürfnisse an Kleidung und sonstigen textilen Produkten gedeckt hat. Um mir diese Frage zu beantworten, habe ich während unseres Durchmarsches durch die besetzten Landesteile bis an die Sümpfe oftmals selbst am eigenen Körper feststellen können, daß die Bevölkerung links der Weichsel, selbst auf dem Lande, auf einer unseren Empfindungen entsprechenden Kulturstufe steht. Dies bringt auch schon die größere Anzahl von Städten in diesen Gebieten mit sich. Diese Bevölkerung hat, durch die vorhandene mannigfaltigere Industrie und durch die gebotene Gelegenheit, die notwendige Kleidung und sonstigen Gewebe käuflich zu erwerben, wohl weniger Interesse daran, die obigen Artikel selbst zu verfertigen.

Rechts der Weichsel (also schon mehr in Rußland) liegen die Verhältnisse gerade entgegengesetzt. Im großen und ganzen kann man in dem von mir kennen gelernten Landstrich fast durchweg nur von einer Landbevölkerung sprechen, die, durch die schlechten Verkehrs- und Bodenverhältnisse (Sümpfe usw.) von der übrigen Welt wie abgeschlossen, schon dazu gezwungen ist, die Stoffe für ihre Bekleidung und sonstige Stoffe selbst zu verfertigen. Die auf jedem russischen Bauerndorf überall umherliegenden höchst primitiven Webwerkzeuge bestätigen auch meine Annahme voll und ganz.

Als ich durch Zufall ein noch ausnahmsweise gut erhaltenes Spinnrad entdeckte, schweiften meine Gedanken unwillkürlich zu den Zeiten zurück, in denen die Königstöchter ihre Linnen selbst spannen und webten. Nur mit dem Unterschied, daß die russischen Bauern nicht aus Zeitvertreib oder dem guten Tone folgend ihre Linnen spannen und webten, sondern aus reinem Selbsterhaltungstrieb und der Natur gehorchend.

Ich habe mir die größte Mühe gegeben, einen kompletten, gebrauchsfähigen Webstuhl ausfindig zu machen, aber leider sind auch diese harmlosen Instrumente vom Krieg und der un sinnigen Zerstörung nicht verschont geblieben. Große Befriedigung hätte es mir gewährt, wenn ich nur der Wissenschaft halber auf einem solchen Stuhl hätte hocken können. Aus den aufgefundenen Trümmern kann ich mir die frühere Gestalt eines derartigen Webstuhls vorstellen. Schon den hier vorgefundenen Geweben nach zu schließen, die fast nur die einfache Grundbindung aufweisen, gehört auch nicht viel zur Ausstattung eines solchen Webstuhls. Die Ueberbleibsel eines solchen stehen noch im „Vorraum“ unserer Wohnung, und zwar setzt er sich aus einem mehr viereckigen, ungefähr 60 Zentimeter hohen Gerüst, von dem die zwei obersten Seitenbalken je zwei Einschnitte für Kett- und Warenbaum aufweisen, zusammen. Vier ungefähr 15 Zentimeter hohe Schäfte und ein Blatt vervollständigen das Mobiliar. Von einer Wade konnte ich nichts entdecken. Der Schützen ist schon geschmitten und weist eine Länge von 30-35 Zentimeter auf.

Gelegentlich einer größeren Ausstellung war den Besuchern auch die Gelegenheit geboten, die Handwerkskünste von exportierten Schwarzen zu bewundern, worunter mir die Weberei am meisten gefiel. Ich kann ruhig behaupten, daß die russischen Bauern ihren schwarzen Kollegen in der Webkunst nicht viel voraus waren.

Ganz besonders interessierte ich mich für das dem Bauer zur Verfügung stehende Rohmaterial. Auch dieses baut er selbst je nach eigenem Bedarf auf seinem Grund an. Außer Garn aus groben Leinenfasern und Hanffasern fand ich sehr

viel Schafwolle, fertig zum Spinnen. Eine Leinenprobe habe ich einem „Herrenhemd“ entnommen. Schon hinter dem Bug habe ich nach eingehender Untersuchung an zum Trocknen ausgehängter Wäsche feststellen können, daß der gleiche Stoff gleichzeitig zu Herren-, Damen- und Kinderunterwäsche jeder Art, auch zum Futter für männliche Kleidung verwendet wird. Eine Wollprobe entnahm ich dem Weinkleid eines Herrenanzuges, und zwar muß es das Sonntagskleid gewesen sein, da es mit anderen Schmucksachen in großen Fässern (wie üblich) in der Erde vergraben war. Auffällig ist noch, daß die Männerkleidung nur eine Farbe (eine Schokoladenfarbe) aufweist. Die Art und Weise dieser Färberei festzustellen, ist mir noch nicht gelungen. Auf Dauerhaftigkeit hat diese Färberei jedenfalls keinen Anspruch, denn nach einer vorgenommenen Kochprobe hatte ich den schönsten Kakao.

Besser situierte hiesige „Dämlichkeiten“ scheinen mit der üblichen hausgemachten Oberkleidung nicht zufrieden gewesen zu sein. Es muß ihnen möglich gewesen sein, „per Nachnahme“ oder sonst auf einem Wege sich Fabrikwaren (wie auf dem Lande beliebt, in möglichst grellen und bunten Farben) zu verschaffen.

Erwähnen möchte ich noch, daß bei einem russischen Durchschnittsbauern Lederschuwerk ein unbekanntes Ding ist. Sandalen aus Baumrinde und selbstgewebte Lappen bilden die Fußbekleidung im Sommer wie im Winter, für Mann wie Weib und Kind.

So bildet ein jedes Bauerneigentum einen kleinen Staat für sich. Jeder Bauer baut sich seinen Hanf und Flachs, bäckt sein Brot und so fort.

Was mich noch sehr interessiert, ist aber leider noch nicht in Erfahrung bringen konnte, was, welche Pflichten der Bauer dem Staat gegenüber hat, also was er für Steuern oder Abgaben an Staat und Gemeinde zu leisten hat. Feststellen konnte ich noch, daß ein Schulzwang für Kinder nicht besteht.

Sachen der erwerbslosen Textilarbeiter aus-
sicht, das mag diese „Fürsorgetätigkeit“ selbst illustrieren.
Zu diesem Zwecke veröffentlichen wir neben-
stehend eine Tabelle, in welcher diese „Für-
sorgetätigkeit“ einer Anzahl Brandenbur-
ger Textilstädte in einen Vergleich gestellt
wird zu der Erwerbslosenfürsorge, die
andere deutsche Textilbezirke für die Textilar-
beiter geschaffen haben. Wo nichts anderes ge-
sagt ist, verstehen sich die eingezeichneten Beträge als
Wochenunterstützung. Wir sind überzeugt, daß diese
Tabelle den **Zimmer der Fürsorge für erwerbslose Textil-
arbeiter in Preußen so drastisch illustriert wird, daß jedes
weitere Wort der Erläuterung den Eindruck, den die Tabelle
erwecken muß, nur abschwächen würde.** Wir behalten uns
daher unsere weiteren Bemerkungen zu dieser Sache für
nächste Nummer vor. Wir bemerken nur noch, daß nach den
Beschlüssen des Reichstags die preussischen Textilarbeiter,
soweit sie durch den Krieg erwerbslos geworden sind, das
Anrecht auf dieselbe Unterstützung haben, die
ihren Kollegen in Sachsen und Bayern
zuteil wird.

Staatsmonopole.

In dem bekannten Buche „Die Arbeiterschaft im neuen
Deutschland“, herausgegeben von Dr. Fr. Thimme und
E. Legien, beschäftigt sich ein bürgerlicher Gelehrter, Professor
Dr. Jaffé, mit den Staatsmonopolen. Er fordert Monopole
für Tabak, Zigarren, Zigaretten, für Branntwein, Petroleum,
Zündhölzer und eventuell noch das Elektrizitätsmonopol als
die einzige Möglichkeit, die Einnahmen des Reiches durch Ver-
lastung des Verbrauchs wesentlich zu erhöhen, ohne zugleich
einen allzu starken Widerstand der Parteien heraufzube-
schwören. Herr Dr. Jaffé dürfte sich nicht irren, wenn er
glaubt, daß im „neuen Deutschland“ die Staatsmonopole eine
große Rolle spielen werden. So stark der Widerstand der
interessierten Kreise zwar auch dagegen sein wird, er wird
immer noch geringer sein als der, den eine stark progressierte
Reichseinkommensteuer finden würde, die den einzelnen
Staatsbürger mit höherem Einkommen in seiner wirtschaftlichen
Existenz so schwer treffen würde, daß ein einziger Schrei
der Entrüstung das „neue Deutschland“ noch mehr erzittern
machen würde, als die ersten russischen Kanonenschläge gewisse
ostpreussische Orte im alten Deutschland erzittern machten.
Dieselben Leute, für die der Krieg, durch den ein „neues
Deutschland“ geschaffen werden soll, jetzt eine wahre Gold-
grube ist, würden einen Höllenlärm machen, wenn sie, ihrem
Einkommen gemäß, die auf sie fallende Kriegsschuldenquote
bezahlen müßten — gleich dem Arbeiter und kleinen Beamten,
der sich an solche Staatsbürgerpflichten zwar auch nicht gern,
aber doch immer noch leichter gewöhnt als ein Kapitalist. Die
Kapitalisten würden im neuen Deutschland ebenso wüten wie
sie im alten wüteten, wenn sie mehr Steuern zahlen sollten.
Sie würden wieder, wie schon immer bei solchen Gelegen-
heiten, mit Auswanderung drohen und damit, wie schon
früher, den gewünschten Erfolg haben. In der Tat würde
man sie auch mit ihrem Kapital im Auslande gern auf-
nehmen, wo es nach dem Kriege ja an Kapital zur Ver-
fruchtung der Industrie ebenso oder noch mehr fehlen wird
als im neuen Deutschland. Die jetzt im Auslande, besonders
in Rußland, zutage tretende Feindseligkeit gegen das deutsche
Kapital wird ja nach dem Kriege wieder abflauen unter dem
Zwange der Not. Und das Kapital wird auf das neue
Deutschland pfeifen und seine Drohung, auszuwandern, wahr-
machen, wenn man ihm „zuviel macht“. Damit muß ge-
rechnet werden und darum das Kapital vor allzu hoher Be-
steuerung geschützt werden. So wird man wohl in Regie-
rungskreisen folgern.

Unter solchen Umständen wird für das Reich nichts weiter
übrig bleiben, als seine durch die Kriegführung bedingten
höheren Ausgaben, soweit sie nicht durch Kriegsschädigung
wieder eingebracht werden können — und das dürfte ver-
hältnismäßig recht wenig sein —, durch Monopolwirtschaft
zu decken.

Auch hierbei wird es ohne Zammerschrei nicht abgehen,
denn das Reich wird für die Ablösung einiger sich für
Monopolzwecke eignender Industriezweige nicht mehr aus-
geben wollen und können als der Sachwert beträgt. Die
Industriellen werden sich aber, wie der sein Geschäft ver-
kaufende Krämer, die „Kundschaft“ mitbezahlen lassen wollen,
und deswegen wird es zum Streit kommen. Die Kapitalisten
werden sich aber mit dem Gebotenen schließlich bescheiden
müssen und in anderen Industrien in Profitmacherei ihr
Spiel versuchen — und finden.

Wenn es aber voranschrittlich zu Staatsmonopolen kommt,
so ist die Frage berechtigt, ob die Monopolbetriebe technisch,
kaufmännisch und sozial berechnete Erwartungen erfüllen
können. Dazu schreibt Professor Jaffé:

„Die ersten beiden Probleme, das technische wie das
kaufmännische, müssen an dieser Stelle ausscheiden; um so
wichtiger ist für unsere Betrachtung das dritte: die Regu-
lung des Arbeitsverhältnisses. Da es weder
im Interesse des Staates, noch in dem der Allgemeinheit, noch
in dem der Arbeiter liegen kann, sie alle zu Beamten zu
machen, so muß ein anderer Weg gefunden werden, um ihre
Interessen zu wahren und ihnen eine Stellung zu geben, in
der sie nicht nur Objekte der unerlässlichen staatlichen Regu-
lierung sind.“

Auch hier könnte man zunächst an eine politische Beein-
flussung, etwa in der Form weitgehender parlamentarischer
Kontrolle der öffentlichen Betriebe denken. Die Vergangen-
heit hat aber gelehrt, daß eine irgendwie weitergehende Beein-
flussung dieser Art praktisch unmöglich ist. Sie führt,
wenn sie wirksam ist, zur politischen Korruption, oder aber sie
erschöpft sich in langatmigen Debatten über einzelne Punkte,
die höchstens zur Abstellung besonders hervorstechender Miß-
stände führen können, darüber hinaus aber wenig leisten.

Es gilt also auch hier, den Arbeitern einen direkten Ein-
fluß auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses einzuräumen,
und da die ganze bisherige Taktik der Gewerkschaftsbewegung
auf den Privatbetrieb zugeschnitten ist und im öffentlichen
verjagen muß (Streikrecht des Beamten!), so müssen hier neue
Formen gefunden werden. Diese Aufgabe ist von um so
größerer Bedeutung, als eine Rückwirkung auf die Stellung
der Arbeiter in den verbleibenden privaten Betrieben unver-
meidlich ist und die Verhältnisse in den Monopolwerkstätten
vorbildlich werden für das gesamte Problem der Beziehungen
der Arbeiterschaft zum Unternehmertum.

Nach den Erlebnissen dieses Krieges werden wir den Ar-
beitern in ihrer Gesamtheit ein tatsächliches Mitbestim-
mungsrecht über die Bedingungen, unter denen ihre Arbeit
sich vollzieht, nicht verweigern können. Die Arbeitsbedin-
gungen können in Zukunft nicht mehr das Resultat der me-
chanischen Wirkung von Angebot und Nachfrage sein; sie
werden vielmehr unter allen Umständen gewisse Mindest-
forderungen mit Bezug auf Lohnhöhe, Arbeitszeit,
Stellung der Arbeiter im Betriebe erfüllen müssen. Das
läßt sich aber nicht in schematischer Weise für die Gesamtheit
der Unternehmungen und der Arbeiterschaft festsetzen, son-
dern erfordert in jeder Branche, ja oft in jedem Einzel-
betriebe, das verständnisvolle, intensive und dauernde Zu-
sammenwirken aller Beschäftigten.

Die geringen Erfolge, die bisher mit Arbeiterausschüssen
und ähnlichen Einrichtungen erzielt wurden, haben ihren
Grund in deren beschränktem Wirkungsbereich, daneben auch
in der verfehlten Organisation und in dem häufigen Wechsel
der Mitglieder. Der zugrundeliegende Gedanke der Beteili-
gung der Arbeiter an der Verwaltung ist aber ein richtiger;
er muß nur ausgebaut und verstärkt werden, um Wirksam-
keit zu gewinnen. Das Interesse der Arbeiter an dem Ge-
deihen und damit an der richtigen Organisation und Füh-
rung der Betriebe ist mindestens ebenso groß wie das der
Unternehmer oder der leitenden Beamten; es ist sicher größer
und lebenswichtiger als das der lediglich mit ihrem Kapital-
einschüssen beteiligten Aktionäre. Trotzdem entspricht der
verhältnismäßige Anteil an der Leitung und Organisation
der Unternehmungen nicht diesen Tatsachen. Der Kapital-
besitzer hat auf dem Wege über die Generalversammlung,
als Großaktionär durch die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat,
eine einigermaßen seiner Bedeutung entsprechende Möglich-
keit der Beeinflussung, die mit dem Unternehmen liierten
Banken oder Finanziers besitzen eine solche oft sogar weit
über die Grenzen ihrer wirklichen Beteiligung hinaus. Die
Arbeiterschaft aber entbehrt so ziemlich jeder Möglichkeit
einer Einflußnahme; wenn eine solche aber dennoch ausgeübt
werden soll, so muß sie von außen kommen (gewerkschaft-
liche Organisation, Streik) und kann sich dann dem beson-
deren Verhältnis des Einzelunternehmens nicht anpassen,
muß dies oft sogar schädigen, um zu ihrem Ziel zu gelangen.

Es liegt daher auch der Abneigung der Unternehmer, mit
den Gewerkschaften und deren Vertretern zu verhandeln und
ihnen als Außenstehenden einen Einfluß auf die Arbeitsbe-
dingungen zu gewähren, kurz, in dem, was man den „Sern-
im-Haut“-Standpunkt nennt, in gewissem Umfange ein be-
rechtigtes Gefühl zugrunde (?). Nur vergessen solche Unter-
nehmer, daß sie selbst an solcher von außen kommenden Ein-
mischung schuld sind, weil sie ihren Arbeitern in n e r h a l b
des Betriebes keine Einflußnahme gestatten und sie so zwin-
gen, zum Druck von außen her zu greifen. Das, was sonst
der letzte Notbehelf wäre, wird so zum Werkzeug täglichen
Druckes auf dem an sich ungeeigneten Wege von außen her.
Dem ist nur abzuhelfen, wenn man der Arbeiterschaft
des einzelnen Betriebes ein Mitbestimmungsrecht mit Bezug
auf alle die Arbeiter direkt berührenden Fragen einräumt,
wenn man sie so im Betrieb heimisch macht und ihnen das
Gefühl gibt, daß sie mitinteressiert sind.

Man hat in einigen Musterbetrieben versucht, dies auf
dem Umweg über die Gewinnbeteiligung zu erreichen, mit
wirklichem Erfolg für alle Beteiligten aber nur dort, wo
man den Arbeitern auch sonst einen weitergehenden Einfluß
auf die gesamten Arbeitsbedingungen einräumt. Wenn wir
in Zukunft die Schärfe der bisherigen Gegensätze vermeiden,
die auf den Schlachtfeldern bewährte und durch Blut besiegelte
Einheitsart der Nation auch in den künftigen Frieden hin-
übertragen wollen, so kann das nur geschehen, wenn wir dem
Produktionsfaktor Arbeit den seiner Wichtigkeit entsprechen-
den Einfluß in jedem einzelnen Betriebe einräumen. Wir
vollziehen damit nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, son-
dern wir schaffen auch zugleich gesunde Verhältnisse in der
Industrie selbst und legen damit die Grundlage zur Höchst-
steigerung ihrer Leistungsfähigkeit: Interesse der Arbeiter
am Betrieb und an dessen Ergebnissen, Vermeidung von Rei-
bungen, Arbeitsfreitigkeiten und Streiks, geringerer Wechsel
der Arbeiterschaft infolge Heimischmachung im Betriebe, Ver-
besserung der Technik und der Arbeitsanpassung unter Auf-
nahme der Gedanken des Taylorsystems durch die Arbeiter
selbst.

Die Form, unter der die Beteiligung an der Leitung des
Unternehmens sich vollziehen würde, kann hier, wo es sich zu-
nächst nur um die Formulierung des Gedankens handelt, nur
angedeutet werden: Innerhalb jedes Betriebes wäre eine Or-
ganisation der Arbeiterschaft zu schaffen, die aus ihrer Mitte
Vertreter wählt, welche dann, im Einverständnis mit der Lei-
tung, an der Festsetzung der Arbeits- und Lohnbedingungen
teilnehmen würden; in größeren Betrieben wäre dem Ar-
beitervertreter eine derjenigen des technischen und des kauf-
männischen Leiters gleichgeordnete Stellung einzuräumen.
Die gleiche Einrichtung wäre sinngemäß auf die öffentlichen
und halböffentlichen Betriebe auszudehnen.

Der springende Punkt liegt natürlich in der Frage,
welches Gewicht im Fall einer Meinungsverschiedenheit
zwischen Arbeitervertreter und Oberleitung der Ansicht des
ersten einzuräumen wäre. Der einzig gangbare Weg wäre
wohl, für die verschiedenen Betriebe und Branchen Mindest-
bedingungen festzustellen, unter die auf keinen Fall herunter-
gegangen werden darf. Diese Festsetzungen hätten zu erfolgen
durch gemeinsame Ausschüsse von Arbeitgebern und Arbeit-
nehmern unter dem Vorsitz unparteiischer Beamten, etwa in
der Art, wie sie das englische Gesetz über Minimallohne im
Kohlenbergbau für die Festsetzung der Bezüge in den ver-
schiedenen Distrikten vorsieht. Diefen oder ähnlichen per-
manenten Ausschüssen, die eventuell mit richterlicher Gewalt
auszurüsten wären, müßten ferner alle nicht im Einber-
nehmen der Beteiligten in den einzelnen Betrieben zu
schlichtenden Differenzen zur Entscheidung vorgelegt werden.
Wahrscheinlich wird es notwendig sein, höhere Instanzen zu
schaffen, an die für die grundlegenden Entscheidungen ap-
pelliert werden könnte. Als Spitze des Ganzen könnte man eine
Einrichtung ins Auge fassen, wie sie in England das
„house of lords“ als letzte Instanz bildet, oder noch besser
ein besonderes Berufsparlament, in dem Arbeitgeber
und Arbeitnehmer durch ihre Organisationen vertreten wären.

Eine solche Neuordnung würde natürlich das ganze Ge-
biet der gewerkschaftlichen Arbeit völlig umgestalten, sie würde
aber die bisherige Gewerkschaftsform, die Arbeiter aller Be-
triebe der gleichen Branche umfaßt, nicht überflüssig machen,
diese würde vielmehr auf das Niveau einer höheren Instanz
erhoben werden und für alle Fragen zuständig sein, die den

Gesamtberuf betreffen oder die im Einzelbetrieb nicht erledigt
werden können. Zugleich würden die Gewerkschaften in der
Mitwirkung an dem erwähnten Berufsparlament einen über-
aus wichtigen Wirkungskreis finden; die Gewerkschaftsorgani-
sation in der dreifachen Gliederung, der Betriebsvereine, der
Berufsvereine und des Parlaments der Arbeit, würde an
Bedeutung nicht verlieren, sondern gewinnen.

Aber auch der politisch-parlamentarischen Betätigung der
Arbeiterschaft in ihrer heutigen Form ist damit ein großes
neues Arbeitsfeld eröffnet; es gilt, die gesetzliche Form für
diese Neugestaltung zu schaffen, es gilt die Mitarbeit an der
Ausgestaltung der staatlichen Monopolbetriebe und deren
Kontrolle. Wenn diese Arbeit getan ist, dann kommt viel-
leicht der Augenblick, in dem der wirtschaftliche Kampf aus
der Diskussion des politischen Parlaments ausgeschaltet und
— soweit er notwendig ist — dem Berufsparlament, das sich
auf den freien wirtschaftlichen Organisationen und dem staat-
lichen Wirtschaftsbeamtentum aufbaut, überlassen werden
kann.“

Soweit also Professor Jaffé. Man muß sagen, daß die
von ihm entwickelten Gedankengänge das lebhafteste Inter-
esse der Arbeiterschaft erwecken müssen. Wir waren ja immer
Begner der Staatsmonopole, weil die Arbeiterschaft durch sie
in immer größere wirtschaftliche Abhängigkeit geraten und
auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen keinen Einfluß
haben würde. Das würde wohl auch im „neuen Deutschland“
so werden, wenn nicht von vornherein vorbeugende Maß-
nahmen getroffen würden. Wenn der Staat ein Monopol
nicht zu teuer erkaufen muß, können die bei ihm beschäftigten
Arbeiter sich der allerbesten Arbeitsbedingungen erfreuen,
und es bleibt für den Staat als Unternehmer immer noch ein
Kiesengewinn, da er ja dann der alleinige Hersteller gewisser
Erzeugnisse ist, deren Verkaufspreis er allein bestimmen
kann; die Verbraucher müssen einfach zahlen. Sich an sie zu
halten, wird der Staat gewiß nicht veräumen. Da er seinen
Gewinn aber noch erhöhen kann, wenn er sich auch an die
Arbeiter hält, d. h. wenn er sie recht knapp an Lohn hält, so
wird er auch bald daran denken, das zu tun. Deshalb
müssen wir beizeiten daran denken, ihn daran zu hindern
und damit der Gefahr entgegenwirken, die der Arbeiter-
schaft von den Monopolen droht. Vorsicht ist die
Mutter der Weisheit. Und als Vorsichtsmaßregeln
sind die Anregungen Dr. Jaffés nur zu begrüßen.

Möchten sie im „neuen Deutschland“ den Weifall aller
Deutschen finden!

Die Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1914.

I.

Seit der ersten Aufnahme der Gewerkschaftsstatistik sind
nunmehr 25 Jahre verflossen. Die jüngste Statistik weicht
insofern von denen der früheren Jahre ab, als sie neben den
Uebersichten über das gesamte Jahr 1914 auch getrennte
Uebersichten über das erste und zweite Halbjahr 1914 enthält.
Diese Teilung läßt den Einfluß des Krieges auf
die Gewerkschaften deutlicher erkennen als die Ueber-
sicht über das gesamte Jahr. Diese Erkenntnis ist von hoher
Bedeutung für die Bewertung des gewerkschaftlichen Wirkens
während des Krieges und wird deshalb diese Teilung der
Jahresstatistik auch einen bleibenden Wert für die Zukunft
haben. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß in diesem
Aufbau der Statistik eine hervorragende statistische Leistung
der Zentralverbände liegt, die um so höher bewertet werden
muß, als den Organisationen durch Einberufung von Funktio-
nären zum Kriegsdienst eine große Anzahl von Arbeitskräften
entzogen wurde. Genau ließ sich allerdings der Trennungs-
strich in der Statistik zwischen der Zeit vor und nach Kriegs-
ausbruch nicht ziehen, da der Krieg erst einige Wochen nach
dem Ablauf des ersten Halbjahres ausbrach. Doch beein-
trächtigt dieses Moment den Wert der Halbjahrsübersichten
ganz unerheblich.

Auch während der Kriegszeit hat sich die Vertretung der
Arbeiterklasse durch die Gewerkschaften als notwendig er-
wiesen. In der Gewerkschaftsstatistik vom Jahre 1914 wird
im begleitenden Text ein gedrängter Umriss von den Auf-
gaben, die während des Krieges von den Gewerkschaften zu
erledigen waren und noch zu lösen sind, gegeben. Darunter
sind zu nennen: die Arbeitslosenfürsorge, die Fürsorge für
die Kriegsbeschädigten, der den Familien der Kriegsteil-
nehmer gewährte Rechtschutz, die Aufrechterhaltung der
Tarifverträge und schließlich der fortgesetzte Kampf gegen die
Nahrungsmittelteuerung.

Die Ergebnisse der Statistik des Kriegsjahres 1914
liefern einen glänzenden Beweis für die ungebrochene Lebens-
kraft der Gewerkschaften. Nach diesem Ergebnis wird nie-
mand mehr daran zweifeln, daß die Gewerkschaften nicht nur
den Krieg über völlig durchhalten, sondern auch nach Beendi-
gung des Krieges die Probe auf ihre Leistungsfähigkeit bei
dem zu erwartenden Ansturm auf ihre Rassen bestehen wer-
den. Wohl sind einzelne Verbände hart mitgenommen worden,
im allgemeinen ist jedoch der Stand der Gewerkschaften ein
günstiger.

Durch die Einberufung zum Kriegsdienst sind allerdings
die Gewerkschaften stark geschwächt worden. Die der General-
kommission angegliederten 46 Zentralverbände (außer den
Verbänden der Hausangestellten und Landarbeiter) zählten
am Schlusse des Jahres 1914 1 485 428 Mitglieder gegen
2 498 959 im Vorjahre. Bis zum Jahreschlusse waren 746 551
Mitglieder, darunter 562 bedienstete Angestellte, zum Kriegs-
dienst eingezogen. Es verbleibt demnach ein weiterer Verlust
von rund 200 000 Mitgliedern. Dieser Verlust ist aus ver-
schiedenen Ursachen erklärlich. Ein Teil wird noch auf Konto
der Einberufungen zu setzen sein, die den Vorständen nicht
gemeldet wurden. Durch den Einfall der Feinde in deutsche
Gebietsteile, besonders der Russen im Osten, wurden eine
Anzahl Zweigvereine völlig zerstört, und an vielen kleineren
Orten im Innern Deutschlands ist das Organisationsleben
durch die Einberufung aller tätigen Mitglieder völlig unter-
bunden worden. Auch die im Anfang des Krieges erfolgte
plötzliche Störung des Wirtschaftslebens hat wohl einen
starken Mitgliederverlust zur Folge gehabt. Die Zahl der
Zweigvereine der Verbände ging gegen das Vorjahr von
11 707 auf 10 980 zurück. Von den größeren Verbänden hatten
einen Abgang an Mitgliedern einschließlich der Eingezogenen:
Metallarbeiter 222 000, Banarbeiter 157 800, Transport-
arbeiter 106 400, Holzarbeiter 78 000, Fabrikarbeiter 77 900,
Bergarbeiter 43 100, Textilarbeiter 36 100, Zimmerer

28 400, Maler 22 200, Buchdrucker 20 700 und Brauerei- und Mühlenarbeiter 20 000. Im Jahresdurchschnitt tritt der Rückgang an Mitgliedern nicht so stark hervor. Es hatten die Zentralverbände 1913: 2 548 763 und 1914: 2 052 377 Mitglieder, darunter 203 648 weibliche. Die Gesamtzahl ging um 496 386 und die der weiblichen Mitglieder allein um 20 028 zurück. Durch die Einberufung einer großen Zahl männlicher Mitglieder hat sich naturgemäß der Anteil der weiblichen an der Gesamtzahl stark gehoben, obgleich sich auch die Zahl der weiblichen Mitglieder erheblich verminderte. Ihr Anteil stieg von 8,8 auf 9,9 Proz. In den 46 Zentralverbänden kommen dann noch die gleichfalls der Generalkommission angegliederten Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter, die 1914 im Jahresdurchschnitt 5642 bzw. 17 740 Mitglieder hatten.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Die jüngste Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände war auf die Zeit vom 16. November zusammenberufen worden, weil in diese Tage das fünfundsundzwanzigjährige Jubiläum der Generalkommission der Gewerkschaften und das fünfundsundzwanzigjährige Arbeitsjubiläum ihres Vorsitzenden Carl Legien fiel. Auf dieser Konferenz berichteten Legien und Bauer über den Fortschritt und die Erfolge der Arbeiten auf den Gebieten der Arbeitslosen-, Arbeitsvermittlungs- und Familienunterstützungsfrage, über die Kriegsbeschädigtenfürsorge, über die Versammlungs- und Prüfzursur und über die Berücksichtigungen der im Gewerkschaftsinteresse nachgesuchten Zurückstellungen vom Heeresdienst, während Genosse R. Schmidt das überweite Gebiet der Lebensmittelfürsorge und seine jüngste bundesrätliche und gemeindliche Regelung beleuchtete. Er wies darauf hin, daß die Bundesratsverordnungen den Gemeinden weitgehende Vollmachten erteilen, und daß nunmehr von den Gemeinden ein energisches Zusetzen erwartet werden müsse. Die in den Gemeinden tätigen Arbeitervertreter dürften nichts unversucht lassen, auf eine kommunale Regelung von Höchstpreisen, Heranschaffung der benötigten Lebensmittel und deren geeignete Verteilung hinzuwirken. In den anschließenden Erörterungen wurde hervorgehoben, daß die gewerkschaftliche Mitarbeit an der Gestaltung der Kriegsbeschädigtenfürsorge so wichtig sei, daß die Generalkommission nach Bedarf selbst eine weitere Arbeitskraft dafür einstellen solle. Die Konferenz stimmte dieser Auffassung zu.

Sodann hielt der Vorsitzende des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Genosse Schumann, ein informativ-ches Referat über das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter, ausgehend von den im bayerischen Landtage stattgefundenen Erörterungen bezüglich des Reverses der Eisenbahnangestellten und -arbeiter, der die Zugehörigkeit zu gewissen gewerkschaftlichen Organisationen verbietet. Die Lösung der damit zusammenhängenden Fragen soll nach der Ankündigung des bayerischen Ministerpräsidenten einer Konferenz der Bundesstaaten vorbehalten bleiben.

Ebenfalls informativ war ein Vortrag des Leiters der Sozialpolitischen Abteilung, Genossen Rob. Schmidt, über die Gestaltung der künftigen Handelsverträge. An der Hand eines überreichen Materials legte der Redner die bisherigen vertraglichen und tatsächlichen Handelsbeziehungen Deutschlands mit anderen Staaten dar, schilderte die Einwirkungen der Kriegslage auf dieselben und deutete die Entwicklungsmöglichkeiten nach dem Kriegesabslufte im Hinblick auf die sich vorbereitenden neuen Machtgruppierungen an. Eingehend würdigte er die Interessen der Gewerkschaften an dieser Entwicklung, sowohl als Konsumenten wie auch als Produzenten, und empfahl den Gewerkschaftsvorständen, diesen Fragen rechtzeitig ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit die Gewerkschaften bei der Neugestaltung der wirtschaftspolitischen Beziehungen auch ihren Einfluß in die Wagschale der Entscheidung werfen können. In einer ausgedehnten Debatte wurde diese Frage sowohl vom allgemeinen gewerkschaftlichen Standpunkte als auch unter dem Gesichtspunkte der verschiedenen Berufsinteressen beleuchtet und eine Reihe von nützlichen Anregungen gegeben. Den Vorständen wurde nahegelegt, aus ihren Berufskreisen Materialien zu diesen Aufgaben zu sammeln und der Sozialpolitischen Abteilung zu übermitteln. Der Vortrag des Genossen Rob. Schmidt soll den Vorständen für den Kreis ihrer Organisationsleiter im Druck zur Verfügung gestellt werden.

Durch den Krieg ist zahlreiche Arbeitersekretariate die finanzielle Grundlage erheblich beengt worden, so daß die Generalkommission vielfach mit ihren Mitteln helfend eingreifen mußte. Da auch die Mittel der Generalkommission infolge der Verminderung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften zurückgehen müssen, so wurde die Frage erörtert, inwieweit die Gewerkschaften bereit seien, den Sekretariaten auch fernerhin diese Hilfe zu gewährleisten. So sehr die Notwendigkeit hierzu auch anerkannt wurde, so wurde doch allgemein dabei dem dringenden Wünsche Ausdruck gegeben, daß Beitragserhöhungen zu vermeiden seien und daß die Generalkommission sich bei solchen Unterstützungen der größten Sparsamkeit und strengsten Vorprüfung der Notwendigkeit von Unterstützungen sowie der Kontrolle über die Verwendung der gewährten Beihilfen befleißigen müsse.

Die Aufrechnung der gewerkschaftlichen Krankenunterstützung auf das Krankengeld seitens mancher Krankenkassen veranlaßte die Gewerkschaftsvorstände zu einer Stellungnahme gegenüber dieser vom Reichsversicherungsamt als zulässig erkannten Praxis. Der Konferenz wurde eine Anzahl von statutarischen Fassungen über die Gewährung von Krankenunterstützung unterbreitet, die ihren Zweck mehr oder weniger erfüllen, und ihnen anheimgegeben, bei künftigen Satzungsänderungen eine dieser Fassungen zu berücksichtigen.

Im weiteren wurde der Beschluß der Vorstandskonferenz vom 17. August 1914, wonach während des Krieges Uebertritte von Mitgliedern nicht zugelassen und Ueberschreibungen nicht vorgenommen werden sollen, durch die Annahme folgender Sätze erweitert:

„Mitglieder, die in einem für ihren Verband nicht zuständigen Betriebe arbeiten wollen, sind verpflichtet, sich vor Annahme einer Arbeitsstelle über die Arbeitsverhältnisse zu erkundigen und die zur Hebung dieser getroffenen Maßnahmen zu beherzigen.“

Die für den Betrieb zuständige Organisation soll die betriebsfremden Arbeiter zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen ihrem Verband gegenüber anhalten.

Der Beschluß vom 17. August 1914, betreffend die Uebertritte, wird aufrechterhalten.

Eine Abweichung von diesem Beschlusse hat eine Verständigung unter den in Betracht kommenden Verbandsvorständen zur Voraussetzung. Diese werden zur sachlichen Prüfung der für den Uebertritt maßgebenden Gründe verpflichtet.“

Eine Aussprache über die Möglichkeit der Fortdauer der Arbeitsgemeinschaften zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen über den Krieg hinaus ergab das allseitige Einverständnis, in allen gemeinsamen Arbeiterfragen, so wie dies während des Krieges geschehen, auch nach dem Kriege mit den übrigen Gewerkschaftsgruppen zusammenzuwirken, soweit eine Verständigung mit ihnen möglich ist.

Schließlich wurden noch eine Reihe von Einzelheiten, wie die Wiedereinstellung kriegsbeschädigter Gewerkschaftsangehöriger und die Kriegstatistik der Gewerkschaften erledigt.

Soziales.

Wichtig für Wöchnerinnen! Nach Entscheidung des Reichsversicherungsamtes kann das Wöchengeld für zwei Wochen vor der Niederkunft auch ohne ausdrückliche Satzungsbestimmung gezahlt werden, da es sich hierbei um eine gesetzliche Ermächtigung für die Kasse handele, von der nach pflichtgemäßem Ermessen Gebrauch zu machen sei. Es wurde auch entschieden, daß in jedem Fall für acht Wochen Wöchengeld zu zahlen sei, auch wenn die Wöchnerin als sonstige Kranke für zwei Wochen vor der Entbindung Krankengeld bezogen hat. In der Begründung heißt es: „Aus der Vorschrift des Gesetzes, daß von dem Wöchengeld für acht Wochen mindestens sechs in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen, ist zu folgern, daß die Kasse auch bereits für einen vor der Niederkunft liegenden Zeitraum von zwei Wochen Wöchengeld gewähren darf. Insoweit stellt sich das Wöchengeld dann als eine Art Schwangerengeld dar. Diese der Kasse hier eingeräumte Befugnis kann aber lediglich dahin verstanden werden, daß die Kasse unter Umständen ihre Leistung an Wöchengeld, die im allgemeinen erst mit der Niederkunft beginnt, um zwei Wochen zeitlich verschieben kann. Daraus folgt aber noch nicht, daß die Leistung in diesem Umfang dann wegfällt, wenn die Klägerin für diese Zeit bereits Krankengeld bezieht. . . . Es muß vielmehr angenommen werden, daß es dann der Kasse nicht mehr möglich ist, von der ihr durch das Gesetz eingeräumten Befugnis Gebrauch zu machen. In solchen Fällen kann die Dauer des Wöchengeldbezuges vielmehr erst von der Niederkunft ab berechnet werden. . . .“ Und muß dann also für acht Wochen gezahlt werden, auch wenn die nunmehrige Wöchnerin vorher Krankengeld bezogen hat.

Aus Handel und Industrie.

C.T.I. Der Verein der Deutschen Textilveredelungsindustrie hielt in Düsseldorf eine sehr gut besuchte Kriegstagung unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Jean van Delden-Bronau ab. Der Geschäftsführer, Dr. S. Tschierich, erstattete einen ausführlichen Bericht über die verfloffenen 9 Kriegsmomente seit der letzten Tagung. Hieraus ergab sich, daß sich zwar die Lage auch der deutschen Bleicherei-, Färberei-, Druckerei- und Appreturindustrie im Rahmen der Kriegswirtschaft verschärft hat, daß indessen die außerordentliche Spannkraft und Anpassungsfähigkeit dieser Industrien ebenso wie die energische organisatorische Tätigkeit auch diesen Gewerkekreis in die Möglichkeit eines erfolgreichen Durchhaltens versetzt. Im Anschluß an den Bericht fand eine vertrauliche Besprechung über die Regelung der Arbeitszeit in den Veredelungsbetrieben sowie über die Richtlinien der zukünftigen Handels- und Wirtschaftspolitik statt.

C.T.I. Die Lage des Londoner Kolonial-Wollmarktes. Als weitere Merkmale der „Friedensstimmung“ in den Kreisen des englischen Wollhandels wurden die ungemein starken Einkäufe von Wollen für Rechnung der französischen und italienischen Verbraucher, die in den letzten Tagen stattgefunden haben, bezeichnet. Auch das englische Wollgewerbe sichert sich fortgesetzt in London Wollen, die für sogenannte Friedenswaare berechnet sind. Amerika hat in Kreuzungswollen sehr bedeutende Mengen angekauft. Die Folge der guten Stimmung des Verbrauches ist ein starkes Steigen der Preise nicht nur auf den Londoner Auktionen, sondern auch auf den englischen und schottischen Märkten wie auf der Bradford Wollbörse in bezug auf einheimische Wollen. Selbst Rußland tritt mehr wie bisher für Friedenswaare, d. h. für Merino-Beschaffenheiten, auf, welche mindestens 10 Proz. höher als beim Schluß der letzten Versteigerung notieren. Die durchschnittliche Preiserhöhung für gewaschene Grobbred-Wollen läßt sich bis zu 25 Proz. beziffern. Das Fehlen österreichischer und besonders deutscher Tuchfabrikanten kommt in der unbedeutenden Preissteigerung für Kapwollen, die höchstens 5 Proz. beträgt, zum Ausdruck. Nicht beträchtliche Preissteigerungen haben die Wollkammereien eintreten lassen; sie sind dadurch hervorgerufen, daß die Kammgarnspinner großen Aufträge von den Stofffabrikanten erhalten haben. Mit weiteren Steigerungen ist auch hier zu rechnen, da der Mangel an Arbeitskräften sich in der Wollkammerei immer fühlbarer macht. Japan scheint sich vom Londoner Markt immer mehr und mehr unabhängig zu machen, es kauft in Australien direkt ein.

Berichte aus Fachreisen.

Sagan. In einer mäßig besuchten allgemeinen Textilarbeiter- und -arbeiterinnenversammlung sprach Kollege Reichelt, Mitglied des Zentralvorstandes, über das Thema: „Die Krisis in der Textilindustrie und was haben das Reich, die Gemeinden und die Arbeitgeber bisher zur Unterstützung der Textilarbeiter getan?“ Redner verstand es, in fesselnder Weise alles das, was seit Kriegsausbruch bis jetzt in der Textilbranche vor sich gegangen ist, den Anwesenden klarzulegen. Er betonte hauptsächlich, daß es notwendig wäre, bei den jetzigen Lebensmittelpreisen und der vielfachen Arbeitslosigkeit, von Seiten der Behörden im Unterstützungsweesen mehr zu tun. Redner lobte die Einrichtungen für das Kriegsunterstützungsweesen

in Bayern. Überall, wo zum Unterstützungsweesen Kommissionen gewählt werden, müßten auch Arbeiter in diesen vertreten sein. Zum Schluß forderte Redner noch auf, treu zur Sache zu halten. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. — Der mit antwefende Gauleiter Kollege Otto Fritsch (Wegnick) erklärte, daß es vor einiger Zeit notwendig gewesen wäre, Unterschriften zu sammeln betreffs der Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie. Es haben wegen der Unterstützungen schon Verhandlungen mit den Vertretern der Behörden sowie auch mit den Regierungspräsidenten stattgefunden. Am 30. November war wieder eine solche in Breslau beim Landeshauptmann. Redner hoffte, daß endlich etwas geschaffen wird, damit die Arbeiter vor der größten Not geschützt bleiben. — In der Diskussion wurden viele Klagen laut über die Teuerung und den winzigen Verdienst. In vorgerückter Stunde schloß der Vorsitzende mit dem Hinweis, das Gehörte zu befolgen, die interessante Versammlung.

Gesang der Frauen.

Die Monde zieh'n in Blut und Wangen . . .
Wir harren eurer Wiederkehr,
Die ihr in Not und Tod gegangen,
Fiel euch der Abschied noch so schwer!
Mehr als ein Jahr ging nun zur Rüste,
Zur Blüte trieb der neue Keim,
Wis Herbst die letzten Früchte küßte . . .
Wann kehrt ihr heim?

Wir sitzen sinnend und in Sorgen
Und harren des Zeichens, das ihr schickt:
Der eine lebt und ist geborgen —
Den andern hat der Tod geknickt!
Aus jeder kurzen Zeile saugen
Wir süßer Hoffnung Honigseim,
Sind noch so tränenfeucht die Augen!
Wann kehrt ihr heim?

In tausend zitternden Gedanken
Sind wir um euch, wo ihr auch seid!
Nun wissen wir's: Der Liebe Ranken
Entwurzeln nur dem tiefsten Leid!
Die Angst um euch gibt unsern Stunden
Gleich Frag' und Antwort, Klang und Reim
Und läßt uns nimmer recht gefunden,
Wis ihr daheim . . .

Wir: eure Mütter, Schwestern, Frauen
Zermürben uns in Folterqual!
Wir harren aus in Gram und Grauen:
Wann loht, Erlösung, licht dein Strahl?
Wir haben euer Bild behangen
Mit Tannengrün in jedem Heim,
Festtagsgeweiht euch zu empfangen!
Wann kehrt ihr heim? Ludwig Lessen.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 12. Dezember, ist der

50. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.

Gau 1. Elmshorn. Kollege Schönwälder eingezogen. V: Frau Hedwig Keiler, Elmshorn-Rangeloh, Köllner Chaussee 31. K: Frau Berta Schönwälder, Elmshorn, Goethestraße 19 I.
Gau 2. Eisenach. Kollege Herrmann ist eingezogen. K: Ernst Becker, Eisenach, Große Wiegard 8.

Gau 6. Ilma. d. Donau. Die Filiale ist eingezogen.

Gau 8. Berdau. Kollege Krug ist eingezogen. Alle Sendungen an: Hermann Liebold, Berdau, Zwickauer Str. 14 (Bureau des Deutschen Textilarbeiterverbandes.)

Das Bureau ist geöffnet: Dienstag von 7—8 Uhr abends; Freitag 7—8 Uhr abends nur für die Unterkassierer; Sonnabend von 5—7 Uhr abends. Arbeitslosenunterstützung wird nur Sonnabends von 5—7 Uhr abends im Bureau ausgezahlt.

Gau 10. Gröna i. Sa. Kollege Schletter ist eingezogen. V: Otto John, Feldstr. 5.

Gau 12. Rengersdorf. Bez. Breslau. Alle Sendungen an Emil Winter, Glas, Böhmisches StraÙe 14.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.
Barmen. Arnold Killa, Fabrikarbeiter, 27 J., Tuberkulose. Hugo Hesse, Modbandwirker, 46 J., Herzschlag. August Heberling, Färber, 60 J., Gehirnschlag.
Greiz u. Umg. Franz Stier, Kurtschau, Weber, 62 J., Lungenentzündung.
Leipzig. Frau Minna Keil, 55 J., Magenkrebs.
Rowaves. Joseph Lamla, Weber, 45 J., Tuberkulose.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Barmen. Adolf Kuhweide, Luftrierer, 30 J. Otto Uellen-

bachl, Seidenbandwirker, 20 J. August Meyer, Gummibandwirker, 19 J. Alfred Röllinghoff, Modbandwirker, 20 J. Hermann v. Sagen, Riemenmacher, 26 J.

Chemnitz. Ernst Paul Neubert, Klaffenbach, Wirker, 24 J. **Grimmsthal.** Franz Richter, 24 J.

Falkenstein u. Umg. Alfred Sager, 27 J. Paul Geißler, 27 J. Max Weigandt, 31 J. Bohart, 23 J. Ernst Schloffer, 25 J. Albin Stumpf, 38 J. Paul Vogel, 34 J. Willy Wappler, 30 J. Max Gläffer, 27 J. Max Weigandt, 31 J. Max Göb, Auerbach, 26 J. Walter Fritsch, Auerbach, 26 J. Emil Luderer, Grünbach, 32 J. Hans Spitzbarth, Grünbach, 34 J. Max Kaiser, Berda, 29 J. Albert Pfeiffer, Rodevisch. Paul Hesel, Rengelgrün. Erwin Seidel, Elfeld, 26 J.

Grünberg. Paul König, Arbeiter, 40 J. Reinhold Felich, Sawade, Arbeiter, 27 J.

Jahnsdorf-Neufirchen. Richard Emil Weiß, Jahnsdorf, 23 J. Bruno Kretschmar, 24 J. Ernst Scheibner, 23 J., beide aus Adorf. Fritz Raumann, Neufirchen, 23 J.

Leisnig. Max Bruno Arnold, 34 J.

Limbach i. Sa. Kurt Erich Sparschuh, Wirkerarbeiter aus Kändler b. Limbach, 20 J.

Reichenbach i. Schl. Heinrich Simon, 34 J. Paul Geinze, 26 J. Karl Daniel, 30 J. Alfred Klauß, 20 J.

Reichenbach i. B. Artur Otto, 26 J.

Ronsdorf. (Berichtigung.) In Nr. 48 muß es heißen: Bruno Seibach, Buchschb.

Sommerfeld. Oswald Lerche, Spinner, 29 J.

Ghre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen. Sonnabend, 18. Dez.: Eschwege. Schlotheim.

Redaktionschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 11. Dezember

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit α versehenen Artikel Hermann Krähig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vornwärts Buchdruckerei und Verlagsantial Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.